AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

Heute mit 28 Seiten

www.schweizerzeit.ch | 41. Jahrgang, **Nr. 23**, Freitag, 4. Dezember 2020

Islam: In der Schweiz tolerierbar? 2

Die unheimliche Macht der Kesb 14

Schuster, bleib bei deinem Leisten 16

Kirche St. Peter in Zürich
Bild: Verena Magnani, Bülach ZH

Der Islam:

In der Schweiz tolerierbar?

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Sechs islamistische Anschläge in Europa in einem Monat: Je ein Anschlag in Deutschland und Österreich, drei Anschläge in Frankreich und nun bei uns ein Anschlag in der Schweiz, in Lugano. Gemeinsamer Nenner? Die Opfer sind wehrlos, unschuldig, wurden rein zufällig abgeschlachtet. Im Namen von wem? Im Namen Allahs, des Barmherzigen und seines Propheten Mohammed, also im Namen einer der zahlenmässig wichtigsten Weltreligionen überhaupt – dem Islam.

Die Fragen, welche eine derartige Terror-Blutspur aufwirft sind komplex. Die wichtigste Frage überhaupt, die sich der entsetzte Bürger hier stellt: Warum toleriert eine in ihren Grundwerten aufgeklärte, laizistische Schweiz mit christlich-jüdischen Wurzeln den blutigen Islam auf ihrem Boden? Sollte die Ausübung einer solchen Religion nicht verboten werden?

Religionsfreiheit

Nun, in allen demokratischen Ländern des Westens ist die Religionsfreiheit als Grundrecht in der Verfassung gewährleistet. Der Islam gehört zu den Weltreligionen, und ist daher unantastbar. Umgekehrt sieht es jedoch anders aus. Christen, Juden, Buddhisten und andere Religionen dürfen ihren Glauben in der grossen Mehrheit der islamischen Staaten nicht ausüben, zumindest nicht öffentlich. Auch in islamischen Staaten mit staatlich erklärter Religionsfreiheit (z.B. Ägypten) werden Andersgläubige Opfer von Verfolgungen und Anschlägen, seitdem sich der Islam dort ausgebreitet hat.

Auch im vielbesungenen maurischen Al-Andalus (Spanien) der Umayyaden-Dynastie ist ein friedliches Zusammenleben der Religionen eine grosse historische Chimäre. In Wahrheit wurden Christen und Juden terrorisiert und ausgebeutet, ökonomisch und sexuell, ähnlich wie heute unter dem sogenannten «Islamischen Staat» (IS). Nein, der Islam zeichnet sich nicht durch besondere Toleranz aus, weder historisch noch in der Gegenwart. Ganz im Gegenteil: Der Islam kennt sogar einen vielverwendeten Begriff für die Bezeichnung von Andersgläubigen: «Kuffar», die Ungläubigen – in der Werteskala des Korans ungefähr auf der Stufe von (unreinen) Schweinen und Frauen angesiedelt. Dies ist kein guter Anfang. Wie werden sich also islamisch erzogene Kinder später im Leben gegenüber diesen minderwertigen «Kuffar» verhalten? Und wie gegenüber eines doppelt verachtbaren Wesens gemäss dem islamischen Wertesystem: einer «Kuffar-Frau», vielleicht die Klassenlehrerin oder einer Kantonspolizistin auf Streife?

Der politische und der moderate Islam

Der aus Ägypten stammende, in Deutschland lebende Politologe Hamad Abdel-Samad wurde gefragt, ob der Islam ein Teil Deutschlands sei. Seine Antwort war ernüchternd: «Der Islam will kein Teil von irgendwas sein, er will das Ganze sein, von oben herab beherrschen.» Dies umfasst die Haltung des Islam seit der Erstürmung der Stadt Mekka durch den Propheten im 7. Jahrhundert. Darüber darf man sich nicht täuschen. Der Islam strebt die Weltherrschaft an, und Gewalt ist durchaus ein vorgesehenes Mittel, um die Welt unterzuordnen.

Der Machtanspruch einer Weltherrschaft erschwert natürlich jegliches konziliante Verhalten gegenüber anderen nichtislamischen Kulturen und Religionen. Doch gibt es auch einen moderaten Islam? Recep Tayyip Erdogan, Präsident der Republik Türkei, hat sich die Mühe genommen und uns diese Frage gleich beantwortet: «Islam ist Islam, der sogenannte moderate Islam ist eine Erfindung des Westens und eine Beleidigung.»

Demografie und Selbstbetrug des Westens

Aus der Geschichte lernen wir, anhand des oben zitierten Beispiels Al-Andalus (Spanien), dass sich der Islam dort unhaltbar ausbreitete, sobald die demografischen Verhältnissen dies erlaubten. Als die maurischen Invasoren und ihre Nachkommen die zahlenmässige Oberhand gewannen, war es um das christliche Spanien geschehen, und zwar 900 Jahre lang. Die Rückeroberung konnte erst stattfinden, als sich das demografische Ungleichgewicht zugunsten der Christen gewendet hatte. Doch seien wir nun ehrlich mit uns selbst: Die politisch gewollte Zersetzung der traditionellen Familie im Westen, mit der sehr erfolgreichen Gender-Ideologisierung

Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Benno Ehrensperger

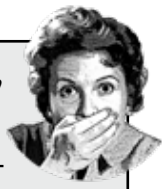
Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15 I CH-8302 Kloten
T +41 (0)44 815 59 01 I benno@ehrenspergerpartner.ch

der Jugend – denken Sie, dass dies zu einer langfristigen Verbesserung der demografischen Verhältnisse gegenüber dem Islam führen wird? Mitnichten.

Doch nicht genug damit. Durch die mit unserem Steuergeld finanzierte Massenansiedlung von «Flüchtlingen» aus der arabischen Halbinsel und den islamischen Ländern Afrikas in Europa und dem sogenannten Familiennachzug – ebenfalls grosszügig mit Sozialgeldern unterhalten – haben Länder wie Deutschland und Österreich innerhalb von wenigen Jahren ihr demografisches Erscheinungsbild vollkommen geändert. Nicht aus Spass ist der meist eingetragene Vornamen bei neugeborenen Kindern in der Stadt Wien seit Jahren «Mohammed».

Frankreich, Italien, Grossbritannien, Spanien, Belgien, Holland, Österreich – und neu auch Deutschland – sind in einem Prozess der stetigen Islamisierung. Dies aufgrund der Masseneinwanderung. Mittlerweile haben sich islamische Vorstädte und Zonen gebildet, wo sich die Polizei kaum getraut einzugreifen. Die Scharia, steinzeitliche islamische Rechtsprechung, herrscht dort vor. Gebiete, in denen Mädchen mit Miniröcken spitalreif geschlagen werden und junge «Kuffar» auf den Boden schauen müssen, wenn sie nicht ein Stellmesser zwischen die Rippen riskieren wollen. Werden Spreitenbach/AG oder das Genfer Viertel L'Usine bald auch Scharia-konforme Gebiete?

LACHEN VERBOTEN!



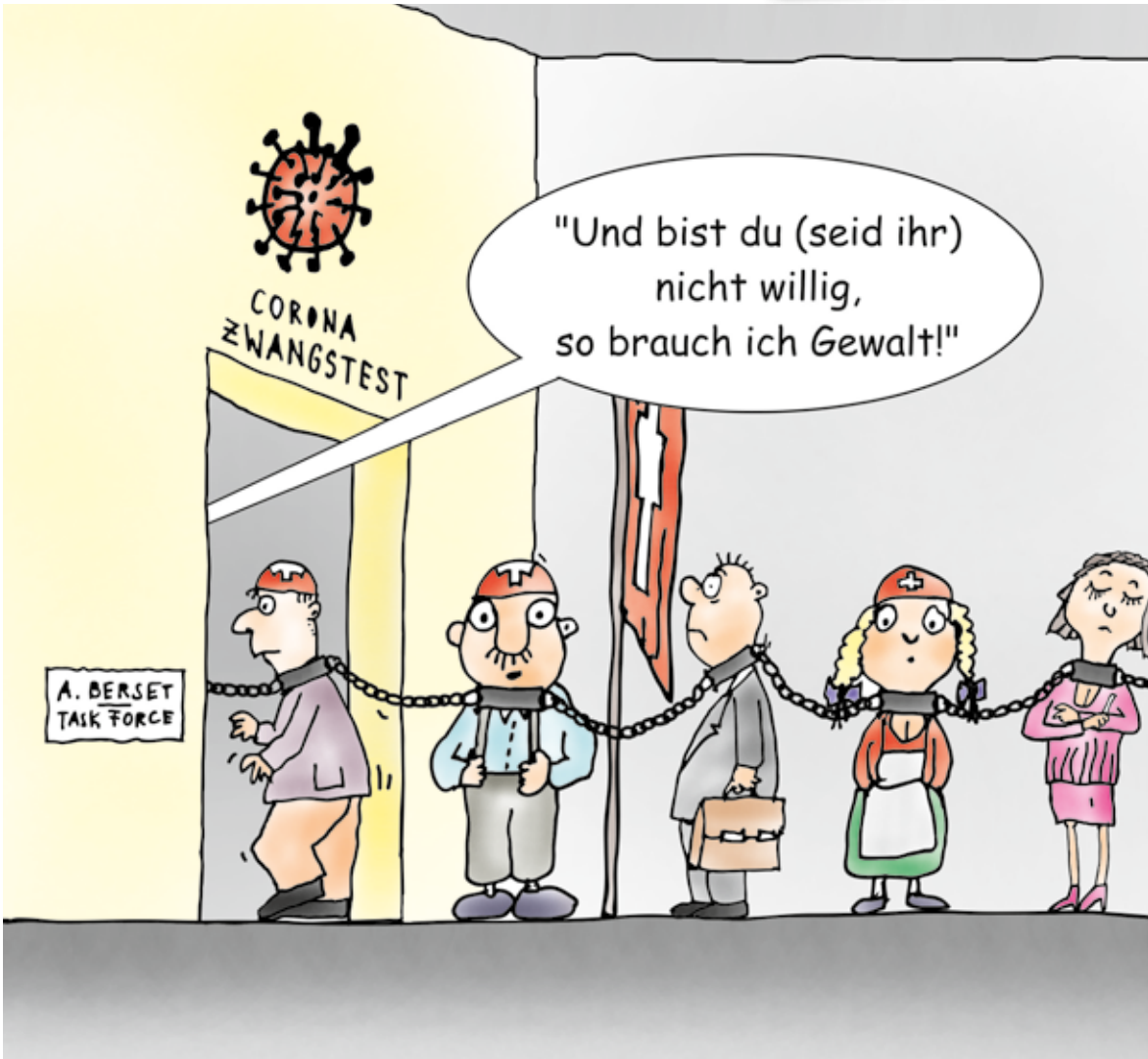
In der Pause nimmt sich der Boxtrainer seinen Schützling vor: «Hör mal, wir müssen uns jetzt über eines klar werden: Willst du den Meistertitel oder den Friedensnobelpreis gewinnen?»

Eine unheilvolle Symbiose

Faktisch und taktisch rekrutiert der radikale Islam seine Terroristen aus dem Milieu des gesichtslosen Islam in Europas Vorstädten. Auch in der Schweiz: Winterthur, Lugano. Aus dem Nichts schiessen gut mit dem europäischen Ausland vernetzte Islamistenkreise aus dem Boden – verankert in den hiesigen islamischen Strukturen. Kulturelle und religiöse Organisationen sind perfekte Fassaden dafür, unantastbar aufgrund der Religionsfreiheit. Es werden in diesem Dunstkreis auch Schweizer Konvertiten angeworben. Solche, die man auch gerne als Kanonenfutter nach Syrien schickt in den Heiligen Krieg (Dschihad), oder um Kehlen durchzuschneiden in einem Warenhaus in Lugano.

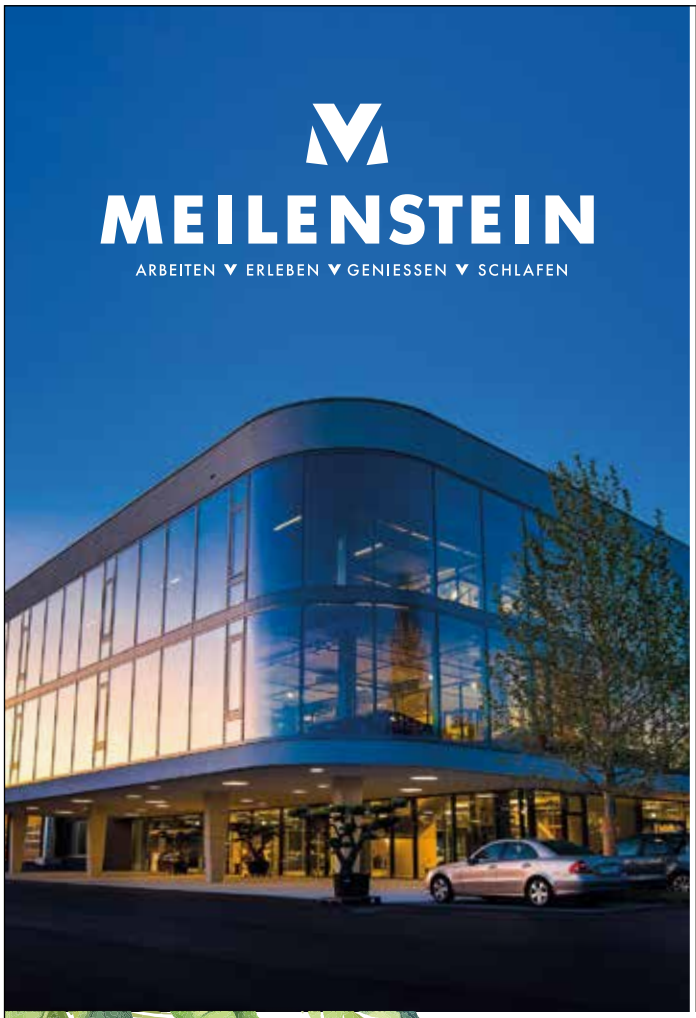
Es erstaunt auch immer wieder, dass trotz den sehr blutigen, menschenunwürdigen Terroranschlägen seitens der Islamisten keine verurteilenden Massenproteste der

Fortsetzung auf Seite 5



Damit wir Infizierungs-Spitzenreiter bleiben …

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl



EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ

WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH – 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

islamischen Glaubensgemeinschaften vor den grossen Moscheen in Europa stattfinden – nur Schweigen. Ich vermisste ebenfalls nach dem ersten blutigen islamistischen Terroranschlag in der Schweiz eine dezidierte Anteilnahme mit den Opfern seitens des Bundesrates. Doch wer hier schweigt, duldet den Terror.

Was tun?

Im Islam darf man weder den Propheten noch den Koran in Frage stellen. Im Westen haben wir jedoch eine Kultur des Hinterfragens. Wenn wir nun aus Angst, die Religionsfreiheit zu verletzen, nichts hinterfragen, tun wir weder uns noch den Muslimen einen Gefallen. Unsere versäumte kritische Auseinandersetzung mit dem Islam kostet unschuldige Leben. Das Beste, was eine offene Gesellschaften den Muslimen bieten kann, ist eine knallharte, ehrliche Analyse der Situation, ohne Rücksicht auf fremdfinanzierte, ferngesteuerte islamische Trägerverbände.

Den Delegierten dieser islamischen Verbände, seien es Funktionäre des Religionsministeriums in Ankara oder Empfänger von obskuren wahabbitischen Ölgeldern, muss erstens der Geldhahn zugedreht werden. Und zweitens müssen unmissverständlich die Grenzen der Religionsfreiheit in einem Rechtsstaat wie der Schweiz aufgezeigt werden. Die Schweiz toleriert seit der Ausweisung der Jesuiten in Zeiten des Sonderbundkrieges keine Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch fremde Mächte, welche dafür ihre in der Schweiz ansässigen Religionsgemeinschaften bedienen.

Die Attentäterin von Lugano ist eine Schweizer Konvertitin. Sie unternahm bereits den Versuch einer Syrienreise, um dort an den menschenverachtenden Terroraktivitäten des «Islamischen Staates» teilzunehmen. Geschnappt und in die Schweiz zurückgeschickt, befand sie sich jedoch auf freiem Fuss, obwohl die Fedpol wusste, dass reichlich Gefährdungspotential vorhanden war. Die Gesetzgebung muss daher geändert werden, um solche Dschihad-Reisende und Sympathisanten profilaktisch langjährig zu verwahren. Es ist leider eine europaweite Tatsache, dass solchen Individuen, obwohl polizeibekannt und angeblich überwacht, immer wieder Terroranschläge übelster Machart gelingen.

Isabel Villalon

Rechtsgleichheit?

Da flossen Millionen – sicher in zweistelligem Umfang. Für sogenannte «Konzern-Verantwortung» – in Wahrheit für die Unterwerfung unternehmerischen Handelns unter Funktionärs-Dirigismus.

Woher kamen sie, die Millionen? Von den Kirchen – aus abgezweigten Steuergeldern, offensichtlich von Niemandem im Auftrag der Geschröpften kontrolliert. Und von Hilfswerken – abgezweigt von Spenden an als Lockvögel missbrauchte «gute Werke», die Tausende als unterstützungswürdig erachten.

Spalte rechts

Auch diese Gelder, auch diese zweckentfremdeten Spenden flossen durch geheime, offenbar von Niemandem im Auftrag der Spender überprüfte Kanäle – direkt in die Abstimmungs-Kampfkasse.

Diejenigen, welche diese Zweckentfremdung bewerkstelligten, gelten als gute Menschen. Darum profitieren ihre Hilfswerke, die Millionen an den Spendern vorbei in die Abstimmungskampagne pumpten, von Steuerbefreiung. Weil Medien und Steuerfunktionäre sie täglich als Gute, als Gutes-Tuende, als Gutmenschen preisen.

Andern wird gleiche Privilegierung verweigert. Zum Beispiel der Schweizerzeit-Stiftung. Weil diese – in klarem Gegensatz zu den Missbrauchern von Hilfswerken und Kirchenmitgliedern – ihre Zielsetzung offen deklariert: Unterstützung staatsbürgerlichen Einsatzes, der dazu beiträgt, «die Freiheit, die Unabhängigkeit und die Selbstbestimmung der neutralen, eigenständigen und wehrhaften Schweiz zu stärken».

Solchem Einsatz wird Steuerbefreiung verwehrt – bereits seit Jahren. Hilfswerken, die vorsätzliche Zweckentfremdung von Spendengeldern für politische Rechthaberei tolerieren, wird sie gewährt. Keine Spur von Rechtsgleichheit!

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren: Der Filz von Medien, Verwaltungsfunktionären und Hilfswerk-Strategen arbeitet zielbewusst am Untergang der freien Schweiz. Funktionäre in Organisationen wie Economiesuisse – einst Bollwerk freien Wirtschaftens in freier, blühender Schweiz – merken es nicht einmal.

Ulrich Schlüer

Ja zum Verhüllungsverbot

Liebe Leserinnen und Leser

Nach jahrelanger Verzögerungstaktik gelangt unsere **Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot»** am 7. März 2021 zur Abstimmung. Mit der festen Absicht, diese wichtige Volksabstimmung zu gewinnen, schmieden wir an einer schlagkräftigen Kampagne. Auch wenn Corona die politische Meinungsbildung erschwert, dürfen wir keine Zeit verlieren. Der muslimische Terror kennt schliesslich auch keinen Lockdown!

Berlin, Paris, Nizza, Wien – die letzten Wochen haben einmal mehr gezeigt, dass der **radikale Islam** eine **Zeitbombe** ist, welche die Freiheit und christlichen Werte Europas immer akuter bedroht. Genauso wie die Intoleranz gegenüber Karikaturen sind Burka und Niqab ein **unterdrückerisches Merkmal** des politischen Islam. Mit unserer Initiative können wir diesem symbolisierten Ausdruck der Frauenunterdrückung endlich einen Riegel schieben!

Darum **«Ja zum Verhüllungsverbot»**:

- Freie Menschen zeigen Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.
- Ja zur Gleichberechtigung und Stopp der erzwungenen Gesichtsverhüllung!
- Stopp der kriminell motivierten Verhüllung durch Vandalen und Chaoten!

Ohne grosse Partei im Rücken, sind wir auf Ihre Hilfe angewiesen. Ich danke Ihnen, wenn Sie uns im Abstimmungskampf unterstützen.

Herzlichst, Ihr

Walter Wobmann
Nationalrat, Präsident Egerkinger Komitee

JA ZUM VERHÜLLUNGSVERBOT: SO KÖNNEN AUCH SIE MITHELFEN!

- Einen **Postversand** unserer **Abstimmungszeitungen** an ausgewählte Gemeinden **sponsern**. Weitere Infos: www.flyer-ueberall.ch/verhuellungsverbot
- **Plakate aufhängen** auf privatem Grund, an Anlässen und Standaktionen. Kostenlos bestellen: info@verhuellungsverbot.ch oder Tel. 041 440 00 67
- Kampagne **finanziell unterstützen.** Jetzt bequem spenden per **Online**-Spendenformular! Weitere Infos: www.verhuellungsverbot.ch/spenden
- **Leserbriefe** schreiben, kostenlose **Testimonials**, Argumente verbreiten und, und, und... Dazu finden Sie alles auf unserer Website **www.verhuellungsverbot.ch**

«Schweizerzeit»-Ratgeber zu Corona

Unser Recht in schlechten Zeiten

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Haben wir eine Corona-Diktatur? Kann ich Bundesrat Berset anzeigen? Die «Schweizerzeit» klärt auf.

Haben wir eine Corona-Diktatur?
Seit Juni 2020 gilt in der Schweiz die «besondere Lage» gemäss Epidemiegesetz, vorher sogar die «ausserordentliche Lage». Beide «Lagen» kann der Bundesrat selber festlegen, und sie geben ihm und den Kantonen automatisch weitreichende Kompetenzen. Wenn man «Diktatur» wie die alten Römer als verfassungsmässiger Ausnahmezustand in Notzeiten versteht, dann kann man sagen: Ja, wir haben eine Diktatur.

Kann man uns zwingen, eine Maske zu tragen?
Der Bund kann gestützt auf das Epidemiegesetz Massnahmen anordnen, was er getan hat. Wer diese nicht akzeptieren will, der muss dagegen vorgehen (mit Rechtsmitteln).

Ist Maskenzwang eine Nötigung?
Jemanden zu zwingen, das Gesicht zu verhüllen, ist Nötigung und strafbar. Allerdings verhält sich rechtmässig, wer handelt, wie es das Gesetz (hier: das Epidemiegesetz) gebietet oder erlaubt. Maskenzwang ist also keine Nötigung.

Kann ich Bundesrat Berset wegen «Schreckung der Bevölkerung» anzeigen?
Gemäss Strafgesetzbuch macht sich schuldig, «wer die Bevölkerung durch Androhen oder Vorspiegeln einer Gefahr für Leib, Leben oder Eigentum in Schrecken versetzt». Den Bundesrat anzuzeigen, weil er die Bevölkerung «durch ständige Wiederholung der Staatspropaganda traumatisiere», ist aber zwecklos. Erstens verhält sich rechtmässig, wer handelt, wie es das Gesetz (hier: das Epidemiegesetz) gebietet oder erlaubt. Und selbst wenn nicht, so schützt den Bundesrat seine Immunität. Die Erfolgsaussichten solcher Anzeigen sind daher gleich null.

Darf man mir befehlen, wo ich mich aufhalten darf und wo nicht?
Das Verbot, sich mit mehr als einer Anzahl Personen im öffentlichen Raum zu treffen, sowie die Aufforderung, so weit als möglich zu Hause zu bleiben, greifen in die Bewegungsfreiheit ein. Sie laufen jedoch (noch und im Moment) nicht auf eine unzulässige Freiheitsbeschränkung hinaus.

Ist die Schliessung von Schulen rechtmässig?
Wenn die Kinder nicht mehr in die Schule gehen dürfen, beschränkt dies ihr Recht auf Bildung und unentgeltlichen Grundschulunterricht. Da Kinder viel weniger gefährdet sind, ist es m.E. nicht gerechtfertigt, die Schulen zu schliessen.

Ist eine rechtliche Vorgehensweise gegen das Epidemiegesetz erfolgreich?
Das Bundesgericht kann Bundesgesetze nicht überprüfen. (Zum Glück; wir wollen kein Verfassungsgericht). Die Verordnungen des Bundesrates (und dort ist die Maskenpflicht statuiert) wären hingegen überprüfbar. Da aber Recht recht flexibel ist und im Moment eher die Ansicht herrscht, dass die Massnahmen vernünftig seien, gehe ich davon aus, dass das Bundesgericht dem Bundesrat nicht in die Parade fahren würde.

Kann ich mich denn wirklich nicht wehren gegen diese ungerechten Vorschriften?
Recht hat nichts mit Gerechtigkeit zu tun, sondern es ist gegossene Macht. Wer gegen den herrschenden Zeitgeist kämpft, wird vor Gericht in aller Regel auf verlorenem Posten stehen. Was nützt ist: Richtig stimmen und wählen! Oder die nächste Frage lesen.

Soll ich das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz unterstützen?
Das im Eilverfahren durchgepeitschte Covid-19-Gesetz überführt die Corona-Massnahmen des Bundesrates ins ordentliche Recht. Das ist notwendig, weil das Notrecht nach sechs Monaten automatisch ausläuft. Das Gesetz ist m.E. aber nicht notwendig, geht zu weit und stellt einen weiteren Blankocheck für die Behörden aus. Deshalb: Ja, Sie sollten das Referendum unterstützen!

Hermann Lei

Tischuntergestelle in Schweizer Qualität
Maurer AG, Emmentalstrasse 58, 3432 Lützelflüh
Telefon 034 461 39 70
www.maurer-metalltechnik.ch info@maurer-metalltechnik.ch

Leserbriefe

Karl Marx und das Manifest

Links-grüne Kreisen wollen unseren Staat nach dem gescheiterten DDR-Muster umbauen. Gemäss dem Manifest von Karl Marx, das er um 1848 in London veröffentlichte, wird die Beschlagnahmung des Eigentums und die Einrichtung einer Grundrente verlangt. Weitere Forderungen sind: Abschaffung des Erbrechts, mehr Staatsbetriebe, gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau (Kolchosen). Auch die öffentliche und unentgeltliche Erziehung der Kinder (Kitas) wird unter Punkt 10 des Manifests gefordert. In der DDR war es unter den Titel «Gleichstellung» von Mann und Frau vorgesehen, dass Frauen nach der Geburt ihre Kinder in den Tagesstätten abgeben müssten, um so rasch wie möglich wieder in den Arbeitsprozess eingebunden zu werden. Der Staat übernahm also die Erziehung der Kinder. Auch Marx hat die Einzelfamilie durch Wohngemeinschaften ersetzen wollen, was wirtschaftlicher sei, als wenn jede Familie selber kochen und einkaufen müsse. Also weg von der Individualität, hin zum Kollektivismus. Linke Jungparlamentarier wollen diese alten Dogmen wieder einfordern. Haben sie nichts aus der Geschichte gelernt – oder wollen sie es bewusst kopieren?

Eugen Fritz, Winterthur

Schweizer Produkte kaufen

Auch Schweizerinnen und Schweizer kaufen vermehrt online in China ein. In Wuhan ging es los mit dem Virus, das grosses Leid über die Welt gebracht hat. Nun erobern die Chinesen noch den Weltmarkt, und viele Schweizer machen mit. Da appelliere ich an die Vernunft und Solidarität der Schweizer Konsumenten: Es gibt doch hierzulande eine Vielfalt von hervorragenden Produkten. Mit ihrem Kauf helfen wir dem Klima und der Umwelt und stärken unsere einheimische Wirtschaft. Sind denn die Menschen so naiv!?

Guido Schildknecht, Mörschwil SG

Züri City-Card

Das ist ja wiederum ein ganz raffinierter Schachzug der Zürcher Stadtregierung: die «Züri City Card», offenbar abgeguckt bei den geistesverwandten Genfern. Da hat es also rund 10'000 Leute in unserer Limmatstadt, die gar nicht hier sein dürften, sondern schon längst hätten ausreisen müssen. Sie bleiben aber einfach da, und ausweisen kann man sie nicht, weil sie ihre Papiere entsorgt und ihre Identität damit vertuscht haben. Nun sind sie «abgetaucht», aber eigentlich weiss man ja schon, wo sie leben, denn sie werden von diversen Organisationen illegal unterstützt.

Das ist doch wieder ein typisches Beispiel für die traurige Tatsache, dass die Frechen und Arroganten oft zu ihrer Sache kommen, während die Anständigen und Korrekten die Betrogenen sind. Jener Asylant, welcher seine Ausweise vorzeigt, dann ausgewiesen wird und aus Achtung vor unseren Gesetzen geht, ist der Dumme, während der andere, welcher sich weigert, das Land zu verlassen und auf unsere Rechtsordnung pfeift, als «Sans-Papier» am Ende triumphiert und nun noch mit einer City-Card belohnt werden soll. Absolut unverständlich und ungerecht! Er, der längst abreisen sollte, würde gemäss Stadtpräsidentin auf diese Weise «integriert». Er kann dann, wie in der Presse zu lesen war, die City-Card im Triemlispital vorweisen und wird behandelt, er darf x Leistungen in Anspruch nehmen – von Krankenkasse-Verbilligung bis Kinderkrippe usw., und er dürfte sogar, als Tüpfchen aufs i, ein Bankkonto eröffnen! Man versteht die Welt nicht mehr.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Schizophrene Corona-Paranoia

Eine negativ getestete Person wird wegen Zweifel am Test in Quarantäne geschickt. Die Stadt Zürich bewilligt eine Anti-Masken-Demo mit den Auflagen Maskenpflicht und Verhüllungsverbot. An derselben Demo kreisen Polizisten in voller Schutzmontur Unmaskierte ein und führen sie trotz Dispens ab – Einschüchterungsmethode von paranoiden Diktaturen. In Dänemark tritt bei Nerzen ein mutierter Corona - Virus auf. Obwohl sonst nichts darüber bekannt ist, werden sämtliche 17 Millionen Nerze im Land gekeult. Was, wenn dieser Virus bei Menschen in Kopenhagen gefunden würde? Wir benötigen dringend eine Impfung

– kombiniert gegen Schizophrenie und Paranoia. Mit Impfzwang für Coronas Zeugen.

Elmar Hasler, Glattpark (Opfikon)

Die chinesische Armee kommt …

«Die chinesische Armee kommt, wenn sie gerufen wird, kämpft, wenn sie kommt, gewinnt, wenn sie kämpft». Mit diesen Worten, die an Cäsars «Ich kam, sah und siegte» erinnert, markierte der chinesische Verteidigungsminister Chang Wanquan das neue Selbstbewusstsein Chinas. In seiner Eröffnungsrede am Boao Forum für Asien im Jahre 2014 doppelte der chinesische Premierminister mit den Worten nach, China werde im südchinesischen Meer auf jede Provokation sehr bestimmt reagieren. Damit warnte er die verschiedenen Nachbarländer, die dort mit China überlappende territoriale Ansprüche haben. Gegenwärtig stehen die Philippinen im Fokus, deren vorgelagerte Riffs auch von China beansprucht werden.

China will den Streit mit den anderen Ländern in bilateralen Verhandlungen «friedlich lösen», betont aber gleichzeitig seine Souveränität über die beanspruchten Gebiete. Wie erinnerlich, reicht Chinas Anspruch von der Insel Hainan, dem südlichsten Teil seines festen Territoriums rund 1'000 km nach Süden in das Südchinesische Meer, der weltweit wichtigsten Meerestrasse. Dort liegen einige Inselchen mit vermuteten umfangreichen Bodenschätzen.

Gotthard Frick, Bottmingen BL

Volksnahe FDP?

Wie in der «Schweizerzeit» Nr. 18 berichtet, hat die FDP-Spitze kürzlich eine Umfrage unter ihren Mitgliedern gemacht mit dem Ziel, eine «enkeltaugliche Schweiz» zu schaffen. *Hierzu wollen wir Ihre Meinung wissen,* hiess es im Brief von Petra Gössi. Darauf antwortete J.L., Gründungsmitglied einer Zürcher FDP-Ortsgruppe, er werde sich gern an der Umfrage beteiligen, «aber erst nach der Abstimmung über die Begrenzungs-Initiative». Denn wenn die Initiative gemäss der FDP-Parole abgelehnt werde, dann werde es bald keine enkeltaugliche Schweiz mehr geben. Die «Antwort» der FDP-Zentrale ist inzwischen eingetroffen. Sie lautet wie folgt: *Sehr geehrter Herr L., wir sagen 15'753 mal Danke! Denn so viele Freisinnige aus der ganzen Schweiz haben unsere Mitgliederumfrage beantwortet. Das zeigt deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Wenn auch Sie die Umfrage ganz oder teilweise beantwortet haben – herzlichen Dank dafür!*

Mit freundlichen Grüssen FDP. Die Liberalen

Unser Kommentar: Eine wahrhaft «volksnahe» Partei!

seit 40 Jahren

Vins Précieux

H. J. Senn SA.

CH-8703 ERLENBACH

www.vinsprecieux.ch

044 910 41 61

Herausragende Weine

Exzellente Grand Cru Champagner zu vernünftigen Preisen

Auserlesene rote und weisse Burgunder Weine

Erstaunliche Weine vom Kap der Guten Hoffnung

Après-Ski Quicky-Bar Bodenwald

Auch mit dem Auto erreichbar. Die Talstationen Grund und Männlichen sind nur zwei Minuten von der Bar entfernt. Talabfahrt Nr. 3 und Nr. 21

Wo die Welt am schönsten ist. Treffpunkt für junge und jung gebliebene Eidgenossen im Sommer und Winter.

CHALET – RESTAURANT BODENWALD

Bodenstrasse 4 CH-3818 Grindelwald

Tel. +41(0) 33 853 12 42 Fax + 41(0) 33 853 50 42

Internet: www.bodenwald.ch E-mail: chalet@bodenwald.ch

104 Millionen als Alibi-Übung

PICs Volltreffer

Im Englischen gibt es einen Terminus für unsinnige Handlungen, die zwar als sinnvoll erscheinen, es aber nicht sind: «Crazy substitute» steht sinngemäss für «verrückte Unterstützung».

Authentisches Beispiel: Unser Land unterhielt mit Steuergeldern am Hauptsitz der Uno in New York ein eigenes Übersetzungsbüro für Schweizer Politiker, die kaum Englisch verstanden. Da sassen sie im Plenum, vor Wichtigkeit aufgeblasen bis unter die Augenbrauen, und lauschten ohne Verständnis irgendwelchen UN-Debatten. Im Erkennen der Peinlichkeit griff Vater Staat ein und stellte den Möchtegern-Diplomaten für enorme Summen professionelle Übersetzer zur Seite. Der Klassiker eben für «crazy substitute». Gibt es sowas noch? Und ob!

Dieser Tage eröffnete Bundesrat Ignazio Cassis in Genf die internationale Afghanistan-Konferenz. Physisch präsent war nach Angaben des EDA nur Afghanistans Aussenminister Mohammed Haneef Atmar samt Begleitern. Die Herrschaften durften sich freuen: Cassis sagte eine 104 Millionen Franken-Spende zu für die drei afghanischen Zweckbereiche *Rechtsstaatlichkeit*, *Bildung* und *Landwirtschaft*. Im Wissen um tatsächliche dortige Verhältnisse klingt dies wie nackter Hohn:

- Rechtsstaatlichkeit: Westliche Polit-Beobachter konstatieren seit Jahren das Fehlen fast jeglicher Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan.
- Bildung: Hierzu haben weitgehend die radikal-islamischen Taliban das Sagen, indem sie Schulen beschiessen und Eltern bedrohen, die ihre Kinder zur Schule schicken.
- Landwirtschaft: Afghanistan hält einen traurigen Rekord: 9'000 Tonnen Opium werden in diesem Jahr dort hergestellt, was gemäss Uno weltweit einmalig ist. In keinem anderen Land der Erde erreicht die Opiumproduktion im Vergleich zur Landesgrösse und Einwohnerzahl derartige Rekordhöhen. Die Anbaufläche für Schlafmohn, der die Basis für Rohopium und andere Rauschgifte wie Heroin bildet, wuchs im letzten Jahr um 63 Prozent. Unmöglich ohne explizite Einwilligung der afghanischen Landesregierung.

Noch ein Wort zur 104 Millionen-Spende: Möchte jemand ernsthaft bezweifeln, dass diese Gelder irgendwo im Niemandsland von Korruption, Taliban und allmächtiger Clan-Herrschaft versickern?

Konklusion: Falls jedoch solche Schweizer Spenden nur erfolgen, um unser schlechtes Gewissen zu betäuben, so gilt: Afghanisches Opium würde denselben Zweck erfüllen – nur viel billiger.

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

Churz&Bündig

Während einer Weihnachtsfeier in einer Schule für Kinder mit Lernschwierigkeiten stand plötzlich eine Frage im Raum: «Warum kam Jesus denn eigentlich auf diese Erde? Hatte er in Gottes Herrlichkeit nicht alles, was man sich nur wünschen kann? Was fehlte ihm denn wohl im Himmel?» Nach dieser schwierigen Frage breitete sich ein langes, anstrengendes Schweigen in dem festlich erleuchteten Saal aus. Schliesslich meldete sich ein kleines Mädchen zu Wort und sagte in die grosse Stille hinein den Satz: «Es fehlten ihm unsere Herzen.»

E.

*

Selbst nach deren wuchtiger Verwerfung durch Volk und Stände schwadronieren zahlreiche Medienmacher munter weiter über die «Initiative gegen Kriegswaffen-Produktion».

Werden diese einfältig linke Schlagworte nachplappernden Medienleute eigentlich überfordert von der Tatsache, dass in der Schweiz Waffen vornehmlich und teils ausschliesslich für eine Armee hergestellt wurden und werden, die dazu diente und weiterhin dazu dient, unsere Bevölkerung vor Not und Verderben bringenden Kriegen zu bewahren?

us

«Bienvenue en Europe»

(zugesandt von Hannes Fischer, Stans/Chur)

Wir bauen für Ihre Sicherheit!

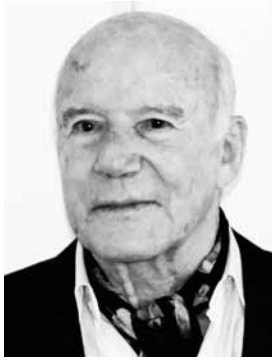
In Marthalen realisieren wir schnell und kompetent alles rund ums Haus wie Geländer, Fluchttreppen, Türen- und Fensterelemente, Pergolen, Rankengerüste, Vordächer, Balkonverglasungen und andere Metallbauarbeiten. Unsere Produkte sind unterhaltsarm und zeichnen sich durch ihre lange Lebensdauer aus.

Unsere qualifizierten Mitarbeiter beraten Sie gerne ausführlich in unserem Betrieb oder auf Wunsch auch vor Ort. In unseren technischen Zeichnungsbüros planen wir für Sie Ihr Bauvorhaben. Hierfür verwenden wir moderne 3D-CAD-Anlagen.
Für eine massgeschneiderte und fachgerechte Konstruktion, Fertigung und Montage sorgen unsere spezialisierten Mitarbeiter.

Paul Mayer
PAMAG Metallbau AG

Hans Scharpf †

(1932 – 2020)



88 Jahre alt wurde er: Hans Scharpf, als jahrelanger Zimmerleuten-Zunftmeister Zürcher durch und durch. Als Direktor der Hagel-Versicherung wurde er für die Bauern des ganzen Landes zum Begriff. Sein Anliegen, für das er zeitlebens einstand, war die Freiheit. Nicht nur die eigene, die persönliche Freiheit. Hilfestellung an jene, deren Freiheit durch linke Machenschaften bedroht wurde, war ihm oft auf beeindruckende Art gleichsam Handlungs-Anweisung.

Wir lernten uns kennen, als die weit nach links abgerutschte Medienwelt den Einbruch ins private Archiv von Ernst Cincera lauthals feierte – weil linke Machenschaften, getarnt unter allerlei wohlklingenden Beteuerungen, von niemandem wirkungsvoller entlarvt worden waren als von Ernst Cincera.

Weit über Zürich hinaus bekannt wurde der Name von Hans Scharpf, als er sich offen für jene beiden mutigen Frauen – Margrit Zopfi und Esther Wyler – einsetzte, die schwere Missstände im Sozialdepartement der Zürcher Stadträtin Monika Stocker offengelegt hatten. Gegen diese beiden mutigen «Stauffacherinnen» schlug der Zürcher Funktionärs- und Medienfilz schonungslos zurück, indem er sie, die sie mit ihrer Kritik an einer linken Säulenheiligen einen eigentlichen Blattschuss erzielt hatten, mit einer wahren Prozesslawine eindeckte. So sollten die aus linker Sicht unbotmässigen Kritikerinnen fertiggemacht, materiell ruiniert werden. Eine Ausgangslage, die Hans Scharpf zu zielbewusstem Eingreifen bewog. Er organisierte die finanziellen Mittel, welche den linken Vernichtungsfeldzug schliesslich ins Leere laufen liessen.

Für die «Schweizerzeit» ist in der Erinnerung an Hans Scharpf eines sicher – und bleibt auch unvergessen: Wäre Hans Scharpf der «Schweizerzeit» in ihrer entscheidendsten Stunde nicht vorbehaltlos beigestanden, so hätte sie nicht überlebt. Dieser alles entscheidende Moment trat ein am Jahresende 1979, als die «Schweizerzeit» genau zehn Monate alt war.

Anlässlich ihrer Gründung ein Jahr zuvor zeigten viele zwar erhebliches Interesse am Aufkommen der «Schweizerzeit» – damals, als die Meinungsblätter aus der Medienlandschaft reihenweise verschwanden und diffus linkslastigen «Forumszeitungen» zu weichen hatten. Zahlreiche politisch Interessierte, denen an bürgerlicher Meinungspresse gelegen war, hiessen die «Schweizerzeit» zwar willkommen. Aber nur Wenige trauten dem jungen, zwar nicht völlig, aber doch ziemlich mittellosen Gründer zu, länger als ein paar Monate durchzuhalten.

Hans Scharpf zeigte seine Sympathie zur «Schweizerzeit» in diesen schwierigen Wochen nicht nur ideell. Da das Gründungskapital der «Schweizerzeit» aufgebraucht war, gewann er in konzentrierter Anstrengung rund ein Dutzend Gesinnungsfreunde dafür, die gleiche, im ersten Jahr aufgebrauchte Summe erneut aufzubringen. Nach aussen wurde die Rettungsaktion als «Verdoppelung des Aktienkapitals» etikettiert. Und sie gelang – die Hilfe von Hans Scharpf sicherte der «Schweizerzeit» Überleben und Zukunft. Seit dem zweiten Jahr ihrer Existenz – als zu Zürich die gewalttätigen, von linken Berufsjugendlichen lancierten Opernhauskrawalle dem klar Position beziehenden Blatt zu vielen neuen Abonnenten verhalf – operiert die «Schweizerzeit» in schwarzen Zahlen.

Aber nicht nur die in entscheidender Stunde bekundete Bereitschaft zu materieller Unterstützung bleibt uns in Erinnerung. Diesen klugen, überlegten, liebenswerten, ja edlen Menschen während Jahrzehnten zum Freund zu haben, das hat uns über die Arbeit mit der «Schweizerzeit» hinaus unendlich bereichert. Hans Scharpf als begabter, einfühlsamer Züchter edler Rosen; Hans Scharpf als freundschaftlicher, treffliche Aphorismen präsentierender Gastgeber, Hans Scharpf als eloquent formulierende Stimme gegen allen Geist vermissen lassenden Zeitgeist; Hans Scharpf als erklärender und kommentierender Reisebegleiter – sei es zu den ihn besonders schätzenden Weinbauern am Genfersee, sei es zur unvergesslichen Ordensverleihung in Innsbruck, sei es auf der Suche nach eigenständigen geschichtlichen Wurzeln der Eidgenossenschaft: All diese bereichernden und prägenden Erlebnisse bleiben unvergesslich mit seinem Namen verbunden.

Hans Scharpf hat in entscheidender Stunde die «Schweizerzeit» gerettet und uns dann während vierzig erlebnisreichen Jahren in aussergewöhnlichem Ausmass bereichert. Dafür bleibt ihm unser Gedenken und unser Dank gewiss.

Ulrich Schlüer

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI
ZANETTI POSCHIAVO/GR
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch
Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Ein unglaublicher Fall (Teil II)

Die unheimliche Macht der Kesb

Die Sozialen Dienste der Stadt Aarau wollen einer unbescholtenen Mutter ohne Grund das Sorgerecht für die Tochter entziehen. Gegen die verantwortliche Beiständin ist deswegen jetzt Strafanzeige erstattet worden.

Der Fall hat für einiges Aufsehen gesorgt. Wie die «Schweizerzeit» (Nr. 19/2020) im Teil I des Artikels «Die unheimliche Macht der Kesb» aufdeckte, muss sich die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) der Stadt Aarau mit einem umstrittenen Sorgerechtsfall herumschlagen. Dabei geht es im Kern darum, dass der Mutter, Unternehmerin und Einwohnerrätin Sandra Blank, das Sorgerecht für die Tochter entzogen werden soll. Objektive Gründe, die einen solch schwerwiegenden Rechtseingriff rechtfertigen würden, liegen nicht vor und sind auch nicht aktenkundig. Den Antrag, Sandra Blank das Sorgerecht zu entziehen, stellte die Berufsbeiständin Brigitte Kissling – die zugleich als Leiterin Kindes- und Erwachsenenschutz bei den Sozialen Diensten der Stadt Aarau amtete – in einem «Rechenschaftsbericht» von Ende Juni 2020. Sie will das Sorgerecht ausschliesslich dem Kindsvater übertragen.

Menschlich skandalös, rechtlich haltlos

Im Zusammenhang mit diesem Fall ist nun Strafanzeige gegen Brigitte Kissling und den Kindsvater erstattet worden. Für beide gilt die Unschuldsvermutung. Die Straftatbestände lauten auf «mutmassliche Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflichten, mutmassliche Entziehung von Unmündigen, mutmasslichen Amtsmissbrauch etc.», wie es in der Anzeige vom 7. Oktober 2020 heisst. Absender ist der Unternehmer Martin Ammann, der Lebenspartner von Sandra Blank. Er setzt sich als nahestehende Person dafür ein, dass Sandra Blank ihr Kind behalten kann und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

«Die von der Beschuldigten Brigitte Kissling gestellten Anträge sind nicht nur in tatsächlicher und menschlicher Hinsicht skandalös, sondern auch rechtlich völlig haltlos und unbegründet», heisst es in der Strafanzeige. Sie liefen dem Kindswohl «diametral zuwider» und stünden zudem im Widerspruch zu einem 95-seitigen Kinderschutz-Gutachten. Tatsächlich ist in diesem Gutachten keine Rede davon, der Kindsmutter Sandra Blank das Sorgerecht zu entziehen. Die psychiatrischen Fachleute empfehlen ausdrücklich die Weiterführung des geteilten Sorgerechts.

«Rein persönliche Abrechnung mit der Kindsmutter»

«Der Rechenschaftsbericht und die darin gestellten Anträge manifestieren die Pflichtverletzung der Beschuldigten Brigitte Kissling während der Dauer der Beistandschaft», heisst es in der Strafanzeige weiter. «Bei den von ihr gestellten Anträgen handelt es sich offenkundig um eine rein persönliche Abrechnung mit der Kindsmutter Sandra Blank.» Der Antrag auf Entzug des Sorgerechts entbehre «jeglicher Grundlage», sei «absolut willkürlich» und laufe dem Ziel und Zweck der Beistandschaft zuwider. Dabei habe die beschuldigte Beiständin das Kindswohl «komplett aus den Augen verloren» und sich mutmasslich der Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht im Sinne von Art. 219 StGB sowie mutmasslich des Amtsmissbrauchs nach Art. 312 StGB schuldig gemacht.

Schikanöse Gefährdungsmeldung

Die fünfzehnseitige Strafanzeige erhellt überdies die Umstände, die zur Eskalation des Falles geführt haben. Jahrelang arbeiteten die Eltern weitgehend problemlos zusammen. Obhut und Sorgerecht übten sie gemeinsam aus. Dies änderte sich vor dreieinhalb Jahren schlagartig, als der Kindsvater die Alimente nicht mehr korrekt bezahlte und Sandra Blank ihn nach über einem halben Jahr vergeblichen Versuchen, mit ihm eine Lösung zu finden, deswegen betrieb. Der Kindsvater erhielt die Betreibung am 1. April 2017. Zwei Tage später setzte er als Reaktion auf die Betreibung – und ohne, dass sonst etwas vorgefallen wäre – bei der Kesb Aarau eine Gefährdungsmeldung gegen Sandra Blank ab. Von da «nahm das Unheil seinen Lauf», wie es die Strafanzeige formuliert.

Kesb lässt Kindsvater gewähren

Als Folge dieser Gefährdungsmeldung wurde der Kindsmutter die Obhut über die Tochter entzogen und allein dem Kindsvater zugeteilt. Später merkte die Kesb, dass die Gefährdungsmeldung offensichtlich unbegründet war, und sie gab Sandra Blank die Obhut wieder zurück.

Die missbräuchliche Erstattung dieser «absolut haltlosen Gefährdungsmeldung» hinderte die Kesb in der Folge jedoch nicht daran, den Kindsvater gewähren zu lassen. Er drohte, Sandra Blank «fertig zu machen» und hielt sich wiederholt nicht an Abmachungen.

«Das aktuelle Zitat»

«Die Bluttaten in Frankreich folgten den Parolen religiöser-islamischer Identität. Insofern wurde die tödliche Gewalt auch von der modischen Politik des Moralisierens und der doppelten Standards begünstigt. Denn wer der Vernichtung und Verdrängung von Denkmälern, Kunstwerken und Strassennamen ständig opportunistische Nachsicht entgegenbringt, bewirkt, dass sich angeblich ‹Betroffene› und ‹Opfer› oder ‹People of Color› zunehmend zu leichten, schweren oder schwersten Straftaten hinreissen lassen.»

Götz Ali, Historiker, in der «Berliner Zeitung», 3.11.2020

Diverse involvierte Personen (Mediatoren, Gutachter, Psychologen, ja sogar selbst die Beiständin) haben bestätigt, er habe die Kooperation mit der Kindsmutter «weitestgehend» verweigert, Entscheidungen im Alleingang getroffen und Sandra Blank vor vollendete Tatsachen gestellt. «Er untergräbt und vereitelt regelmässig die Ausübung des Besuchs- und Ferienrechts, streicht angeordnete Übernachtungen bei der Kindsmutter Sandra Blank und stellt sie gegenüber den Behörden ohne jeden Anlass als ‹eine gefährliche Person› dar», hält die Strafanzeige fest. Der Kindsvater unternehme alles, um die Tochter von ihrer Mutter zu entfremden und verletze damit mutmasslich ebenfalls seine Fürsorge- und Erziehungspflicht, «indem er ihre seelische Entwicklung gefährdet bzw. schädigt».

Mutmasslicher Amtsmissbrauch

Dass sich ein Elternteil komplett querstellt, ist das Eine. Noch schwerer wiegt, dass die Kesb dies bis jetzt offenkundig toleriert hat. Die Beschuldigte Brigitte Kissling mache sich «durch ihr parteiisches Verhalten gegenüber dem Kindsvater und die von ihr lediglich mit Vergeltungsabsicht gegenüber der Kindsmutter gestellten Anträge» mutmasslich auch des Amtsmissbrauchs im Sinne von Art. 312 StGB schuldig, heisst es dazu in der Strafanzeige.

Ein weiterer Straftatbestand liegt gemäss Anzeige in der mutmasslichen Entziehung von Unmündigen (Art. 220 StGB). Dieser Vorwurf stützt sich auf die Tatsache, dass der Kindsvater gegenüber Sandra Blank «regelmässig das Besuchsrecht vorsätzlich versagt und vereitelt, zuletzt in den Herbstferien im Oktober 2020».

Als Bürger, Einwohner und Steuerzahler «sehr besorgt»

Als Lebenspartner von Sandra Blank bekommt Martin Ammann die eklatanten Missstände bei der Kesb hautnah mit. Er muss mitansehen, wie Sandra Blank und ihre Tochter unter der unhaltbaren Situation leiden. Zu seiner Motivation als Anzeigeerstatter sagt er: «Ich bin einerseits als beobachtender Aargauer Bürger, Einwohner und Steuerzahler und andererseits als nahestehende Person über die Missstände in Aarau und insbesondere bei der Kesb – wie sie sich am konkreten Fall deutlich zeigen – besorgt.» Die Tochter von Sandra Blank werde vor den Augen zahlreicher involvierter Beobachter und Gutachter schleichend zum Opfer – «durch die Manipulation ihres eigenen Vaters und die Inkompetenz ihrer Beiständin».

Martin Ammann vermisst bei der Kesb ein Controlling, wie es in seiner Geschäftstätigkeit an der Tagesordnung ist. Mit der Strafanzeige und dem Gang an die Öffentlichkeit möchte er nicht nur das Unrecht in diesem Fall beseitigen, sondern auch andern Menschen Mut machen, sich gegen Missstände im Kindes- und Erwachsenenschutz zu wehren. «Es kann doch nicht sein, dass mit staatlichem Segen ganze Familien kaputtgemacht werden und niemand eingreift», betont Martin Ammann.

Affaire à suivre. (kk)

Zum Nein zur Konzernverantwortungs-Initiative

Unzensiert

Die Konzernverantwortungs-Initiative (KOVI) ist abgelehnt. Zwar erreichte sie eine hauchdünne Zustimmung in der Bevölkerung. Eine deutliche Mehrheit der Kantone lehnte das Begehren jedoch ab.

Die Nicht-Regierungsorganisationen werden ihr Marketing überdenken müssen. Noch vor ein paar Wochen genoss die Initiative Zustimmungswerte von über 57 Prozent. Damit hätte es erfahrungsgemäss auch für das Ständemehr gereicht. Zwar verlieren Initiativen bis zum Abstimmungstermin standardmässig an Zustimmung; das Ausmass des Rückgangs ist trotzdem erstaunlich angesichts der millionenschweren Kampagne der Initianten.

Ein Grund dürfte sein, dass vor allem Greenpeace und Amnesty International das Gutmenschen-Marketing schlicht zu dick aufgetragen haben. Ihr ständiges Moralisieren ging auf die Nerven, ebenso ihr unsorgfältiger Umgang mit Fakten – gipfelnd in der Fotomontage mit dem Mädchen vor der Mine. Auch der Missbrauch der Kirchen zur Abstimmungspropaganda dürfte abgeschreckt haben. Wer so unverschämt vorgeht, erzeugt Widerstand.

Auf der andern Seite ist ein vertieftes Studium des Abstimmungssonntags auch der Economiesuisse als Vertretung der Grosskonzerne zu empfehlen. Zum Abstimmungssieg verholfen haben ihr nicht die hippen, urbanen sozialliberalen Akademiker, um deren Gunst sich Economiesuisse geradezu krampfhaft bemüht. Die Besserwisser der Operation Libero und Co. waren auf der Pro-Seite. Rückgrat des Abstimmungssieges vom vergangenen Sonntag war der ländliche Raum. Hier kam die Nein-Mehrheit der Kantone zustande.

Der ländliche Raum, das sind auch Akademiker und der eine oder andere Chef eines multinationalen Konzerns. Darüber hinaus sind es aber ganz viele Gewerbler, Landwirte, Familien usw. – Menschen ohne Affinität zu grösseren Konzernen, aber mit einer gesunden Skepsis gegenüber moralinsaurer Polemik und Klagemöglichkeiten, welche zur Selbstvermarktung von Nichtregierungsorganisationen missbraucht werden können. Es sind jene Menschen, welche von Economiesuisse in der Vergangenheit vernachlässigt oder vergessen worden sind. Zum laufenden Referendum gegen das CO_2-Gesetz, das mit Benzinpreiserhöhungen namentlich den ländlichen Raum massiv trifft, hat sich Economiesuisse bislang nicht festgelegt. Es ist Zeit, dass der Dachverband dem ländlichen Raum etwas zurückgibt.

Patrick Freudiger

Über gewisse Energieexperten

Schuster, bleib bei deinem Leisten

Emanuel Höhener, Dipl. Masch. Ing. ETH, Stetten SH

Technisch und kommerzielle überzeugende Neuerungen bestehen auf dem Markt in der Regel von selbst. Es ist absurd zu meinen, die Weltenrettung sei erst mit staatlich dirigierter Innovation möglich.

Es grassiert eine akute Seuche im Land. Im Fahrwasser des Fukushima-Unfalls wurde eine Energiewende verkündet, unbedacht und im Stil eines Hüftschusses. Sie war die Keimzelle für ein neuartiges Expertentum, das unsere Mainstream-Medien beherrscht.

Vermutlich haben die Initiatoren dieser Wende bald erkannt, dass die Sachargumente zur Erklärung der neu angepriesenen Technologien nichts taugen. Also muss dem Bürger mit anderen Mitteln die Wende schmackhaft gemacht werden. Mit grossem Aufwand wurde mit «Energie Schweiz» eine aufwändige Werbe- und Promotionskampagne gestartet. Auch über neun Jahre nach der Verkündung der neuen Energiewelt sehen sich die Promotoren noch veranlasst, die Bevölkerung weiterhin «weichzuklopfen». Die ursprünglich gestarteten Kampagnen laufen sogar mit verstärkter Intensität weiter. Der NFP 70/71-Zwischenbericht, welcher Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde, zeigt es deutlich: Der Grossteil der bearbeiteten Projekte dreht sich um die Frage: «Wie motiviert man die breite Bevölkerung?!»

Politische Propaganda

Jährlich flattern mehrere Ausgaben des Energiejournals von «energieschweiz.ch» als Herausgeber ins Haus. Dahinter steckt das Bundesamt für Energie (BfE) – letztlich eine rein politische Propagandaschrift, welche die Segnungen der neuen Energiewelt anpreist. Für einen sechsstelligen Betrag vom BfE wurde sogar ein «Globibuchill» verfasst, um auch die Kinder für die Segnungen der neuen Energiewelt zu begeistern. Da vermutlich nicht ideologiekonform, wurden beim Lektorat sogar sachliche Einwände der physikalischen Fakultät der Uni Zürich geflissentlich übergangen. Überzeugende Neuerungen bestehen auf dem Markt

in der Regel von selbst. Man stelle sich vor, die Edisons, Fords oder auch Microsofts und Apples dieser Welt hätten über neun Jahre aufwenden müssen, um ihre Neuerungen den Märkten kundzutun und auch Beachtung zu finden. Es ist absurd zu meinen, eine Weltenrettung vor dem Unheil CO_2 sei erst mit staatlich dirigierter Innovation möglich.

Reine Behauptungen

Im vergangenen Sommer legte SP-Nationalrat Roger Nordmann mit seinem Buch «Sonne für den Klimaschutz» nach. Darin wird behauptet, dass bis 2050 die Schweiz vollständig dekarbonisiert werden könne. Man müsse dazu nur 50 Gigawatt (GW) an zusätzlicher Photovoltaik-Leistung installieren. In der Folge gab es dazu in der Schweizer Presse zahlreiche Rezensionen, die meisten davon verfasst von den einschlägig bekannten «Energieexperten». Selbstverständlich erfährt man aus diesen Kreisen, dass dieser Plan sehr einfach umsetzbar sei – man müsse nur wollen. Über die Sicherstellung der Versorgung mit Strom rund um die Uhr, zu jedem Bruchteil einer Sekunde, ohne Unterbruch über das ganze Jahr, erfährt der Leser nichts.

Wenn die Wählerinnen und Wähler auf der Strasse denken: «Diese Botschaft, dieses Plakat ist einfach und simpel, das könnte auch von mir kommen!», dann haben wir gewonnen. Denn dann versteht jeder die Kampagne. Deshalb entwickeln wir für unsere Kunden simple Botschaften und Visualisierungen. Weil Wahlen und Abstimmungen Mehrheiten benötigen!

simpel
<lat.> simplex – «einfach»

Wir freuen uns auf Sie!
Alexander Segert, Geschäftsführer
Tel. 043 499 24 00
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL
AG für Werbung und Public Relations
Wir wollen Ihren Erfolg

Erfolgreich nur bei der Jagd nach Subventionen

Was kann und muss man diesen Kreisen vorwerfen? Dass sie bei solch fundamentalen Fragen nicht über die unerlässliche Wissens- und Erfahrungsbasis verfügen. Und dass sie wohl kaum je Entscheidungsgremien von international tätigen, privatwirtschaftlich organisierten Stromgesellschaften angehört haben. Und wahrscheinlich mussten sie auch noch nie die Entwicklung und den Betrieb von grossen Solaranlagen im südlichen Europa, in Zentralasien und Südamerika verantworten. Dann wüssten sie nämlich, dass das Geschäftsmodell solcher Gesellschaften in erster Linie auf der erfolgreichen Jagd nach Subventionen beruht. Ohne solche läuft im PV-Geschäft rein gar nichts!

Ebenso waren diese Kreise nie in Kontakt mit relevanten Stellen der PV- F&E wie auch der PV-Stromindustrie. Diese befinden sich nämlich in China, u.a. an der Tsing Hua Universität in Beijing und in der chinesischen Provinz Sichuan, wo auch die grossen PV- Produktionsstätten angesiedelt sind. Auch fehlen ihnen Kontakte zum grössten Netzbetreiber der Welt – China Grid – wo man sich sehr intensiv mit der Frage auseinandersetzt, wie viel Flatterstrom-Einspeisung ein Netz erträgt, bevor es zusammenbricht. Und im Zusammenhang mit der Schweizer Stromzukunft besonders wichtig: Die Energiewende-Missionare waren nie um die aktuelle Entwicklung im Nuklearsektor bemüht. Auch da ist die Kompetenz in China zu finden.

Nur was ins Schema passt

Es ist üblich, nur das zu zitieren, was ins Schema passt. So hat kürzlich einer unserer regelmässigen Kritiker triumphierend mitgeteilt, dass die IEA die Solarenergie als «neuen Stromkönig» bezeichnet – Stromkönig allerdings nur, solange es Subventionen gibt. Offensichtlich hat der Kritiker den besagten Artikel aber nicht zu Ende gelesen. Denn da wird der IEA-Direktor zitiert, dass «Die Herausforderung so gross» sei, dass man es sich «nicht leisten kann, auf irgendeine emissionsarme Technologie zu verzichten». Und der Direktor ergänzte sogar, dass die Dekarbonisierung ohne den massiven Einsatz von Kernkraft nicht zu stemmen sei!

«Energie Schweiz» verkündet seine Inkompetenz oft selbst. So geht man dort beim Thema Ökostrom weiterhin davon aus, das Netz sei ein «Stromsee», mindestens suggeriert man dies dem unbedarften Leser, «der alle Fluktuationen absorbieren» kann. Es braucht eben Fach- und Sachwissen zu solch anspruchsvollen Themen. Die Promotoren massen sich an, alles über Energiefragen zu wissen. Beim Tieferschürfen stellt sich allerdings heraus, dass ihre Wissensintensität gegen Null strebt. Darum: Schuster bleib bei deinem Leisten!

Emanuel Höhener

(Erstabdruck im Blog der Carnot-Cournet Netzwerk Homepage, 3.11.2020)

openbyte°

Politische Online-Kommunikation - das ist unsere Leidenschaft!

Für spannende Online-Kampagnen im bürgerlichen Umfeld suchen wir immer wieder Verstärkung von einem/einer

Mediamatiker/in

für unser Team.

Weitere Infos unter openbyte.ch/jobs

Das Büro Ha deckt auf!

So ist die Schweiz vorbereitet: Aus drei Stabsübungen der Armee 61 und 95 geht hervor, dass für den Schutz der Alpentransversalen eine Gebirgsdivision pro Ablösung nötig ist. Daraus hat die Politik nichts gelernt, geschweige denn verstanden und umgesetzt. Von der Logistik haben wir noch nicht gesprochen. Wir reden also von einem Bestand von rund 20'000 Mann pro Ablösung. Davon ist heute nichts mehr möglich. Auch nicht in Ansätzen.

*

Vor zwei Wochen wurden in Weinfelden zwei Polizistinnen von einem Eritreer tätlich angegriffen und verletzt. Es handelt sich um einen Asylanten, amtliche Bezeichnung «Schutzbedüftiger» bzw. «vorläufig Aufgenommener mit Gastrecht». Es ist an der Zeit, den Schusswaffengebrauch neu zu regeln. Der Gerichtspräsident von Weinfelden, Pascal Schmid, hat unmissverständlich gesagt, dass diese Zustände nicht mehr geduldet werden können. Die linken Willkommensklatscher sind natürlich empört und spielen weiterhin die alte Leier von «Bedürfnissen, Kulturbereicherung und Multikulti-Freude». Aber zu den Terroranschlägen schweigen die roten und grünen Heuchler.

Tis Hagmann

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Kontrolle

Im Zug wird kontrolliert. Im Bus wird kontrolliert. Im Laden wird kontrolliert. Bei «oben ohne», sprich fehlender Maske, gibt es Theater und Busse. Beim Wirt wird kontrolliert, beim kleinsten Vergehen wird der Laden dicht gemacht. Der Maskenball geht in die nächste Runde. Gleich wie die orchestrierten Reisewarnungen und Einsperr-Befehle der Angstschieber und Permanent-Hysteriker. Die nächste Tourismus-Saison ist vernichtet.

Nur an der Grenze, da wird nicht kontrolliert. Alles offen, jeder kann die Grenzübergänge am Rhein selbst besichtigen. Reiseverbote faktisch in ganz Europa, knapp darf man noch in den Schrebergarten «reisen», um Kartoffeln zu klauben.

Genau das wollen die Apparatschiks; das ist die geistige und intellektuelle Dimension der Diktatoren. Diesen zweiten Wirtschaftsabsturz werden wir nicht überleben. Auf dem Weg in den Ruin und zur Unfreiheit in Knechtschaft. Und KKS hat sich diesmal um eine schwülstige, weltfremde Formulierung für den Besuch der Freundin ennet dem Rhein schön drücken können. Bei 24 Stunden Besuchsrecht auf Deutscher Seite ist auf jeden Fall eine Nacht «all in»... (amtlich: «Beherbergung»). Schluss mit dem Wahnsinn! Vom Fall «Schwellbrunn» haben wir noch nichts von einer Strafuntersuchung gehört ... auch nichts über die ethnischen Zugehörigkeiten. Alles Zufall.

(Wochenbericht 43/20, Tis Hagmann – Büro Ha, 26.11.2020)

Rätscheneffekt

«Die Beschränkungen der grundlegenden Bürgerrechte, die so schnell und so leicht eingeführt wurden, zeigen die Macht des modernen Staates mit all seinen neuen, ‹intelligenten› Technologien und drastisch erweiterten Durchsetzungsmöglichkeiten.

Ökonomen sprechen oft vom so genannten ‹Rätscheneffekt› oder von der begrenzten Fähigkeit, bestehende Prozesse und Dynamiken umzukehren und zur Normalität zurückzukehren, sobald ein bestimmtes Ereignis sie radikal verändert hat. Das gilt für die Preise, für die Produktivität, und es gilt auch für soziale und politische Systeme. Deshalb fürchte ich, dass es sehr schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein wird, zu den Tagen vor Corona zurückzukehren.»

(Vaclav Klaus, ehem. Präsident Tschechiens, im Interview mit Claudio Grass, Inside Paradeplatz, 26.10.2020)

Sozialhilfe

Wie das SEM (Staatssekretariat für Migration) mitteilt, machen unter anderem die steigenden Asylzahlen die Eröffnung eines weiteren Bundesasylzentrums in Brugg notwendig.

Angesichts der auch in der Schweiz steigenden Arbeitslosenzahlen ist es unverständlich, dass der Bund ungebrochen Wirtschaftsmigranten aus aller Welt aufnimmt und damit die direkte Zuwanderung in unsere Sozialsysteme ermöglicht. In der Regel liegen diese Migranten Jahrzehnte, wenn nicht ein Leben lang, den Schweizer Steuerzahlenden auf der Tasche. Denn auch im Asylwesen gilt: Wer einmal hier ist, der bleibt hier.

(Medienmitteilung SVP Schweiz, 05.11.2020)

Samuel Paty

«Themen, über die wir nicht sprechen sollen, sind besonders interessant. Warum? Weil Samuel Paty nur deshalb ein Opfer wurde, weil er im Namen der Freiheit, die unser und der französische Rechtsstaat angeblich garantiert, tat, was ihm vom Staat als Lehrer aufgetragen wurde. Er lehrte die Säulen der freiheitlichen Werte und wurde dafür geköpft, von jenen, die die Regierungen freiwillig ins Land hineinlassen. Und das Groteske daran ist, dass man das tut im Namen der Menschlichkeit.

Das Ekelhafte ist, dass wir hier nun zwei Märtyrer haben. Der Mörder und das Opfer werden auf beiden Seiten für ihr Sterben gefeiert.

Fragt sich nur, wer hier verloren hat. Etwa nur die Menschlichkeit?

Oder wieder einmal die Freiheit? Oder ist wieder nur ein Mensch von uns gegangen, der seinen Beruf als Lehrer zu ernst nahm, anstatt einfach nur ‹Haltung› zu zeigen?»

(Nigel Farrage im Gespräch mit Douglas Murray, Kopp Report, 24.10.2020)

Acryl auf Leinwand 100/70cm

Acryl auf Leinwand 160/80cm

andrea bösiger Paintings

www.andreaboesiger.ch

Acryl auf Leinwand 160/100cm

Acryl auf Leinwand 100/80cm

Acryl und Öl auf Leinwand 100/80cm

Die meisten Originale sind auch als hochwertige Prints erhältlich.
Besuchen Sie doch meine Webseite: www.andreaboesiger.ch

Szenario für den Ausstieg aus dem Bevormundungs- und Umverteilungsstaat

Engpässe und Sackgassen steuern die Entwicklung

von Robert Nef, Publizist, ehem. Leiter des Liberalen Instituts, St. Gallen

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wird ähnlich wie die biologische Evolution (wie dies der deutschen Biochemiker Justus Liebig, 1803–1873, beobachtet und beschrieben hat), durch Engpässe und Sackgassen gesteuert.

In Engpässen braucht es mehr Durchsetzungsvermögen, in Sackgassen den Mut zur radikalen Umkehr. Nach der Formel «Mehr vom Gleichen» lässt sich der Umverteilungsstaat nicht sanieren. Aber eine allgemeingültige Zauberformel für eine erfolgreiche Wende gibt es nicht. Auch die Frage, ob es vor einer Sanierung einen totalen Zusammenbruch/Konkurs des Umverteilungsstaates braucht, oder ob ein schrittweiser Ausstieg möglich ist, kann nicht generell beantwortet werden.

Konkurs ist denkbar, eine schrittweise Sanierung ebenfalls. Der finanzielle Zusammenbruch des Umverteilungsstaates ist jedenfalls nicht das einzig mögliche Szenario. Er ist auch gar nicht erstrebenswert, weil nach einem dramatischen Zusammenbruch häufig gar keine Sanierung durch Deregulierung stattfindet, sondern ein neues politisches Fehlexperiment aufgegleist wird.

Denkbar und möglich sind auch evolutionäre Prozesse, die man «den geordneten Rückzug aus Fehlsystemen» oder «den Aufbruch zu neuen Ufern einer Zivilgesellschaft» nennen kann. Ein solcher Rückzug braucht nicht kollektiv und gleichzeitig beschritten zu werden. Er steht im Rahmen der politischen und ökonomischen Gegebenheiten jedem Individuum, jedem Paar, jeder Familie und jedem Betrieb offen, wenn die vorhandenen Spielräume für eine «kreative Dissidenz» und für ein «abweichendes Verhalten» voll genutzt werden und die Mühen, die damit verbunden sind, phantasievoll gestaltet werden.

Ziel ist eine Gesellschaft, die auf individueller Selbstbestimmung und freiwilliger Kooperation beruht, auf Lernen, Tauschen und Leisten. In der anschaulichen Terminologie von Pestalozzi braucht es dazu keine blutige politische Revolution, sondern ein bestmögliches innerpersonelles Zusammenwirken von Kopf, Herz und Hand durch Menschenbildung.

Nutzung und Erweiterung vorhandener Spielräume

Der Mensch ist, in der Terminologie von Pestalozzi, auf seiner höchsten und individuellsten Entwicklungsstufe «ein Kind Gottes», d.h. offen, neugierig, hoffnungsvoll, und lebenslänglich liebes und lernbegabt.

Das Zusammenwirken von Kopf, Herz und Hand (heute spricht man von der Vernetzung kognitiver, emotiver und sensomotorischer Kompetenzen) wird durch lebenslange Lernbereitschaft immer wieder neu eingespielt. Es wird durch Erziehung und Bildung in der Familie und in der Schule vermittelt und unterstützt, und es ist daher sehr vielfältig, unterschiedlich ausgeprägt und robust.

Diese Vielfalt bewirkt, dass eine analoge Vernetzung auch interpersonell notwendig und erfolgversprechend ist. Selbstbestimmtes, produktives und friedliches Zusammenleben in Gemeinschaften ist auch dann noch möglich, wenn diese zum Teil durch bestehende zwangsweise Umverteilungssysteme verkrustet, kollektiviert und verschuldet sind.

Strategien für den Ausstieg

Es gibt Strategien für den Ausstieg aus dem zentralisierten Umverteilungsstaat. Grosse, anspruchsvolle und durch Mehrheiten blockierte Probleme werden lösbarer, wenn man sie territorial in kleinere Stücke zerlegt und wettbewerblich non-zentral und individuell anpackt.

Neben dem Non-Zentralismus gibt es auch das individuelle Lebensunternehmertum als Ausstiegs-Szenario. Die im Umverteilungsstaat begrenzt vorhandenen Spielräume für ein individuell gestaltetes Leben können wenigstens optimal genutzt und tendenziell erweitert werden.

Die neue Dreiständegesellschaft kämpft nach dem Motto «peace for our time» für die Erhaltung jenes Systems, von dem sie lebt. Es gilt das Prinzip: «Wes Brot ich ess, des Lied ich sing». Das war auch die prekäre Basis der mittelalterlichen Dreiständegesellschaft, die schliesslich am Brotmangel scheiterte.

Das Gegenmittel ist die immer wieder neue und vielfältige spontane Kombination des Menschlichen und Allzu-Menschlichen in Individuen und Gemeinschaften. Individuelle Lebenspraxis bildet die Ausgangsbasis eines friedlichen Zusammenlebens von Pionierinnen und Pionieren jenseits des zwangsweisen Umvertei-

lungsstaates. Es ist nicht verboten, eine eigene staatsunabhängige finanzielle Lebensplanung an die Hand zu nehmen und die obligatorischen Beiträge zunächst als Systempreis oder als Zwangsprämie für sozialen Frieden «abzuschreiben».

Es ist auch nicht verboten, in der Familie durch individuelles erzieherisches Begleiten ein Gegengewicht zu einem staatslastigen Bildungssystem zu setzen. Die freiwillig und unbürokratisch funktionierende Umverteilung durch Tausch und die persönliche Hilfe an Notleidende kann die zwangsweise Umverteilung durch den Daseinsvorsorgestaat zunächst ergänzen, dann schrittweise ablösen. Eine aufgeklärte Avantgarde kann einen solchen persönlichen Ausstieg ohne Zeitverzug vollziehen, selbst wenn der notwendige allgemeine Strukturwandel noch durch Mehrheiten blockiert wird.

Es gibt innerhalb von etatistischen Fehlstrukturen persönlich nutzbare Freiräume, die im Rahmen des Legitimen individuell genutzt und erweitert werden können. Dazu braucht es soziale Phantasie und kreative Dissidenz und eine gute Portion Unternehmergeist. Die individuelle und gemeinsame Verknüpfung von Kopf, Herz und Hand wird die neue Dreiständegesellschaft zunächst durchlässiger und letztlich überflüssig machen.

Robert Nef

«Es sagte» … Wettbewerb *(Lösung)*

In der «Schweizerzeit» vom 20. November 2020 haben wir gefragt: Von wem stammt die folgende Aussage?

Diese Aussage stammt von:

- A John F. Kennedy (1917–1963), 35. Präsident der USA
- B Martin Luther King (1929–1968), Bürgerrechtler der USA
- C Benjamin Franklin (1706–1790), amerikanischer Staatsmann
- D Abraham Lincoln (1809–1865), 16. Präsident der USA

Die richtige Lösung lautet:

C Benjamin Franklin (angelehnt an einen Ausspruch von Thomas Jefferson, ehem. US-Präsident)

Der ausgeloste Gewinner/die Gewinnerin wird zu einer «Schweizerzeit»-Tafelrunde (Nachtessen für zwei Personen mit dem «Schweizerzeit»-Verlagsleiter Ulrich Schlüer) eingeladen.

Masochismus oder Pragmatismus?

LÜCKEN

Die von der EU kürzlich wieder ultimativ geforderten Kohäsionsbeiträge für unseren Zugang zum EU-Binnenmarkt erstaunen. Denn Freihandel ist ein Prinzip, bei dem alle Teilnehmer Wohlstandsgewinne erzielen, und die deshalb nicht zu entschädigen sind – schon gar nicht vom Nettoimporteur Schweiz, den man zudem mit der Börsenäquivalenz erpresst. (Das Handelsbilanzdefizit der Schweiz mit der EU betrug 2019 rund 16 Milliarden Franken).

«Klärung» bringt der Kurs der Schweizer Europapolitik, seinerzeit eingefädelt von Staatssekretär Kellenberger, einem erklärten Beitrittsbefürworter. Der EU wurde suggeriert, die Schweiz würde der EU irgendwann beitreten. Und uns Schweizern wurde weisgemacht, die «Bilateralen» seien die Alternative zum EWR oder zum Vollbeitritt – und die Volksrechte und die Souveränität blieben gewahrt. Dabei erstaunt, dass grundlegende Fragen kaum debattiert werden: Warum will die EU Personenfreizügigkeit und ein Rahmenabkommen mit der Schweiz? Brüssel hat die Antwort mehrfach gegeben: Personenfreizügigkeit sei ein Mittel zur Wohlstandsangleichung. Das Rahmenabkommen soll die Schweiz verpflichten, EU-Regulierungen zu übernehmen, um «Konditionendumping» zu verhindern. Gemeint sind Wettbewerbsvorteile der Schweiz durch schlankere Bürokratie sowie eigenständige, attraktivere Rahmenbedingungen. Deshalb soll auch sie ins Korsett des erstickenden EU-Bürokratismus gezwungen werden. Kohäsionsbeiträge werden von Drittstaaten verlangt, weil sie nicht besser fahren sollen als Nettozahler in der EU.

Wenn wir auf ein Rahmenabkommen und weitere Annäherung an die EU verzichten, drohen uns zwar gewisse Wettbewerbsnachteile. Sie sind aber marginal und könnten durch innere Deregulierung und Entbürokratisierung aufgefangen oder sogar überkompensiert werden. Zudem bewahren wir unsere Volksrechte, Institutionen und politischen Traditionen.

Ein Rahmenabkommen zielt wegen der fehlenden Mitsprache und fremden Richtern auf einen Vollbeitritt und zwingt uns, den EU-Bürokratismus nach zentralistischem französischem Modell zu übernehmen, der die EU dominiert. Ist die Wahl so schwierig?

Markus Eckstein, Goldach SG

1 111 Meter über Meer
Ideal für Winterferien
Direkt an der Skipiste

ASPEN
alpin lifestyle hotel
Grindelwald

1 111 meters above sea
Ideal for winter holiday
Directly on the ski run

ski in & out

TOP
PAUSCHAL ANGEBOTE
PACKAGE DEALS

ASPEN
alpin_lifestyle_hotel
Grindelwald
Fam. Grossniklaus
Aspen 1
CH-3818 Grindelwald
Tel. +41 33 854 40 00
info@hotel-aspen.ch
www.hotel-aspen.ch

Referendum gegen das CO2-Gesetz

Jetzt unterschreiben und sofort einsenden...

- Das neue CO2-Gesetz ist ein Raubzug auf das Portemonnaie des Schweizer Mittelstandes. Es bringt höhere Preise für Benzin, Diesel, Heizöl und Gas sowie die Besteuerung von Flugtickets. Ausserdem werden Öl- und Gasheizungen faktisch verboten und eine gewaltige staatliche Bürokratie installiert.
- Die CO2-Reduktion der Schweiz ist heute vorbildlich. Der pro-Kopf-Ausstoss sank um 24 % in 10 Jahren. Diese Entwicklung geht weiter. Es braucht keine neue Milliarden-Umverteilung.
- Das neue Gesetz schwächt den Mittelstand und die Wirtschaft, die bereits heute viel Geld in neue Technologien investieren. Das Gesetz kostet die Allgemeinheit in den kommenden Jahren 30 bis 40 Milliarden Franken und jeden 4-köpfigen Haushalt rund 1'500 Franken pro Jahr.
- Das neue CO2-Gesetz ist Sozialismus in Reinkultur. Es baut den Staat weiter aus und untergräbt die Eigenverantwortung der Schweizerinnen und Schweizer. Zahlreiche Verbote, Bevormundung und Verteuerungen sind die Folgen.

Die Nationalräte Christian Imark, Diana Gutjahr und Thomas Hurter, sowie SVP-Präsident Marco Chiesa empfehlen Ihnen dringend, den nachfolgenden Referendumsbogen zu unterschreiben und sofort einzusenden an:

Referendumskomitee «Nein zum CO2-Gesetz», Postfach 54, 8416 Flaach

Bitte hier abtrennen und sofort einsenden. Danke.

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz).

Die unterzeichneten stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung vom 18. April 1999 und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO_2-Gesetz) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen.

Kanton: **Postleitzahl:** **Politische Gemeinde:**

Nr.	Name/Vornamen (Eigenhändig und möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (leer lassen)
1					
2					
3					
4					
5					

Ablauf der Referendumsfrist: 14.01.2021.

Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Amtsstempel

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ort: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Datum: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Senden Sie diese Liste teilweise oder vollständig ausgefüllt möglichst rasch, jedoch nicht später als 20. Dezember 2020 an:
Referendumskomitee «Nein zum CO_2-Gesetz», Postfach 54, 8416 Flaach

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 4)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH

Im Frühjahr 1998 – zwei Jahre nachdem die Schweiz unter Bundesrat Ogi der «Nato-Partnerschaft für den Frieden» beigetreten ist – legt die Kommission Brunner ihren «Nato-Anpassungsbericht» zur Entwicklung der Armee vor. Auns-Präsident Christoph Blocher lehnt diesen Irrweg (illusorischer «Sicherheit durch Kooperation») als einziges Kommissionsmitglied ab und präsentiert einen eigenen Bericht zur künftigen Entwicklung der Armee auf der Grundlage der bewaffneten Neutralität.

Blocher doppelt am 27. April 1998 mit einer Interpellation unter dem Titel **«Neutralitätspolitisch bedenkliche Vorfälle im Schweizerischen Verteidigungsdepartment»** nach und stellt fest:

Im VBS wird angeblich der Kauf von Transporthelikoptern für militärische Auslandeinsätze und von «Natokompatiblen» Systemen und Führungseinrichtungen vorbereitet. Fremde Truppen sollen bei Übungen auf Schweizer Territorium und in unserem Luftraum eingesetzt werden. Die französische Luftwaffe soll simulierte Angriffsübungen in der Schweiz fliegen, beispielsweise auf die Grimsel-Staumauer (!)

Und er will vom Bundesrat wissen: Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass unser kostbarstes aussenpolitisches Gut – die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit – schweren Schaden leidet, wenn fremde Truppen bei uns an militärischen Übungen teilnehmen? Ist der Bundesrat bereit, klare Richtlinien zu erlassen, die der Armeeführung die Verletzung der Neutralitätspflichten verunmöglichen? Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass mit dem Strategiewandel* der Nato die Verpflichtungen, die wir mit der «Partnerschaft für den Frieden» eingegangen sind, überprüft werden müssen? (*Laut neuer Strategie soll die Nato soll nicht mehr zum Schutz des Territoriums der Mitglieder dienen, sondern zu einem weltweit operierenden Instrument zur Wahrung gemeinsamer Interessen umgebaut werden.)

Die Antwort (bzw. Nicht-Antwort) des Bundesrates ist nebulös, er relativiert, redet die Dinge schön und verweist auf die «Politischen Leitlinien für den Sicherheitspolitischen Bericht 2000».

Weil diese Politischen Leitlinien die falsche Stossrichtung des Brunner-Berichts noch verstärken und zudem Schweizer Soldaten zur «Friedenssicherung» ins Ausland geschickt werden sollen, verbreiten wir am 14. September 1998 das folgende Communiqué (hier in gekürzter Form):

Gefährliches Abrücken von der immerwährenden, bewaffneten Neutralität

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz nimmt mir grosser Besorgnis zur Kenntnis, dass in der zukünftigen Sicherheitspolitik der Schweiz – trotz gegenteiliger Beteuerungen aus dem VBS – von unserer Neutralität abgerückt werden soll. Mit einer vorgezogenen Revision des Militärgesetzes im Jahr 1999 will man die baldige Bewaffnung von «Schweizer Friedenstruppen» im Ausland zum «Selbstschutz» ermöglichen; im VBS denkt man an Schützenpanzer mit Maschinengewehr. Damit würden die besonderen Stärken der neutralen Schweiz zur internationalen Friedensförderung – humanitäre Einsätze, Vermittlerdienste, Direkthilfe vor Ort, Rotes Kreuz, Katastrophenhilfe – aufs Schwerste gefährdet. Die Auns wird jeglicher Verwässerung oder gar Preisgabe unserer Neutralität und Unabhängigkeit entgegentreten und gegen eine vorgezogene Militärgesetzrevision nötigenfalls das Referendum ergreifen.

Wir haben in der Folge das Referendum unter dem Leitsatz «Keine Schweizer Soldaten im Ausland – keine ausländischen Soldaten in der Schweiz» dann auch ergriffen – leider ohne Abstimmungserfolg. Die Konsequenz: Jährlich werden mindestens 50 Millionen Franken für fragwürdige Alibi-Militäreinsätze (Neudeutsch peace keeping) insbesondere im Kosovo verbraten.

*

Mitte 1998 wird aus Bundesbern euphorisch verkündet: «Durchbruch bei den bilateralen Verhandlungen mit Brüssel» (sie laufen seit Dezember 1994) – «Durch-

brother MFC-L9570CDWT:
DAS TOP-FARB-MULTIFUNKTIONS-GERÄT
• robust, schnell und perfekte Qualität
• brillante Farb-Qualität, grosses Touch-Display
• druckt, scannt (bis 100 S./min.), kopiert, faxt
• 5 Jahre VorOrt-Garantie dank MPS
• vollautomatisierte Zustellung Supplies
• 1000 Farbseiten kosten fix Fr. 79.86
• 1000 s/w-Seiten kosten fix Fr. 13.40
Fr. 1299.00 mit 2 Kassetten
Fr. 250.00 Cashback
Fr. 250.00 Eintausch
Fr. 799.00 Netto-Aufwand

OCoTex AG
– 041 799 50 00

Ein kleines Stimmungsbild: Die Linke tut sich schon Mitte 1998 schwer mit der landesweiten Beachtung der Albisgüetli-Tagung. SP-Nationalrat Jutzet (FR) will mit einem parlamentarischen Vorstoss verhindern, dass dort jeweils ein Mitglied der Landesregierung bzw. der Bundespräsident auftritt. Der Bundesrat erklärt jedoch, dass «auch künftig jedes Mitglied des Bundesrates frei ist, eine Einladung anzunehmen oder nicht». Dies sehr zum Unwillen der kleinkarierten Linksideologen.

bruch vor allem bei der harten Knacknuss des freien Personenverkehrs!»

In einer umfassenden Analyse kommt die Auns zum Schluss: **«Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit wäre eine untragbare Belastung für die Schweiz!»**

Denn es liegt auf der Hand: Die viersprachige Schweiz mit vergleichsweise hohen Löhnen, niedriger Arbeitslosigkeit und hohen Sozialleistungen wird bei freiem Personenverkehr unweigerlich einem starken Zuwanderungsdruck ausgesetzt. Dieser Druck würde solange andauern, bis die Schweiz auf EU-Niveau gesunken wäre. Würden nach dem Schengener «Evangelium» («Die Binnengrenzen dürfen an jeder Stelle ohne Personenkontrolle überschritten werden») auch noch die Grenzkontrollen weitgehend abgeschafft, so wären die Folgen erst recht gravierend: Lohndruck, mehr Arbeitslose (v.a. ältere Schweizer), mehr Kriminalität,

Zu früh gelacht: Die Bundesräte Joseph Deiss (CVP) und Pascal Couchepin (FDP) unterzeichnen am 21. Juni 1999 das Abkommen über die Bilateralen I inkl. Personenfreizügigkeit. (Zustimmung des Volkes am 21. Mai 2000)

gefährdete Sozialwerke, weniger Wohlstand, Gefahr für unsere freiheitlichen Werte.

Leider sind diese Konsequenzen in der Folge mehr und mehr Tatsache geworden. Mehrere Initiativen und Referenden, mit denen die SVP und die Auns das Unheil stoppen wollten, wurden nach falschen Versprechungen und Drohungen des Bundesrates und gleichgesinnter Kreise abgelehnt oder nicht umgesetzt. Beispiele: Kampf gegen Schengen, 2005; Initiative «gegen Masseneinwanderung», 2014; Begrenzungs-Initiative, 2020.

Die SVP und die Auns müssen den Kampf gegen die unkontrollierte Zuwanderung mit aller Kraft weiterführen und eine weitere Einbindung in die EU (Rahmenvertrag!) verhindern. Sonst ist die Schweiz bald nicht mehr unsere Schweiz.

(Fortsetzung folgt) *Hans Fehr*

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin. Vorzugspreis bis Ende 2021: Fr. 80.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach, Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Die «Schweizerzeit»-Agenda

Donnerstag, 17. Dezember 2020, 19.00 Uhr
Sessionsrapport aus National- und Kantonsrat
Mit Nationalrat Roger Köppel (SVP/ZH) und Kantonsrat Hans-Peter Amrein (SVP/ZH)
Feierabendbier oder Mineralwasser und Wienerli mit Bürli werden offeriert.
Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen/ZH

Samstag, 2. Januar 2021, 10.30 Uhr
Berchtoldstag-Veranstaltung mit Dr. Christoph Blocher
«Würdigung von Solothurner Persönlichkeiten und ihre Bedeutung für die heutige Schweiz»
Infolge Corona-Massnahmen:
Live-Übertragung im Internet unter www.svp-so.ch,
auf Facebook unter www.facebook.com/svpso
Veranstalterin: SVP Kanton Solothurn

Büchertisch

BESTSELLER

Corona – Fehlalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi
Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Neuerdings verschwindet sogar seine Website. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an Vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin
Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.40)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 32.70

AKTUELL

Gölä

Zigeunerherz

Dänu Wisler
Ein ebenso aussergewöhnliches wie hervorragendes Buch, einen prominenten Zeitgenossen auf eine Art beschreibend, auf die der Leser kaum gefasst ist. Gölä ist bekannt und wird bewundert als der raue, ungehobelte Rocker aus dem Bernbiet. In der Biographie von Dänu Wisler erscheint er als Büezer mit höchst eigenständigen, selbstbewusst vertretenen politischen Ansichten, der mit denen, die ihm «politisch korrektes Denken und Singen» vorschreiben wollen, ungeschminkt ins Gericht geht. Ein spannendes Buch.

Werd und Weber, Thun/Gwatt 2020, 160 S., geb. Ill., (Richtpreis Fr. 39.–),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 37.05

Die verlassene Generation

Gabriele Kuby
Gabriele Kuby ist bekannt als nachdrückliche Kritikerin der von Links gepachteten Gender-Ideologie. In ihrem neuen Buch zeigt sie, wie entsprechend ideologisierter Schulstoff Kindern schadet. Kinder, denen Ideologie eingeimpft wird, verarmen, werden haltlos, werden in sträflicher Weise vom Kontakt zum wirklichen Leben abgelenkt – und damit regelrecht missbraucht. Gabriele Kuby präsentiert ein ebenso eindrückliches wie unüberhörbares Plädoyer gegen ideologisch motivierten Missbrauch von Kindern.

Fe-Medienverlag, Kisslegg 2020, 366 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.40),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 24.15

Die Avantgarde der Angst

Norbert Bolz
Grüne Politik ist erfolgreich mit Angst operierende Politik. Die ökologische Bewegung erweist sich als erfolgreich, obwohl sie kaum politische Programme entwickelt. Sie operiert mit Angst vor drohenden Katastrophen, Angst vor angeblichem Klimakollaps. Religiöse Orientierung wurde hemmungslos diffamiert. Das Klima und Klimapflege wurden zur Ersatzreligion erhoben. Junge Slogans-Schreierinnen werden Jesus gleichgestellt. Angstpolitik macht Menschen gefügig. Ein wahrhaft aufrüttelndes Buch – überlegt und glänzend formuliert.

Matthes & Seitz, Berlin 2020, 192 S., brosch., (Richtpreis Fr. 20.50),

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit» Fr. 19.50

SCHWEIZ

Faszination Schweizerischer Nationalpark

Hans Lozza
Ein wahrhaft prächtiger Bildband, ergänzt mit prägnanten erklärenden Texten – über eine besondere, nach wie vor grosse Faszination auf Wanderer ausübende Landschaft: Zum Schweizerischen Nationalpark im Unterengadin. Der Autor arbeitet seit fünfundzwanzig Jahren im Nationalpark. Kaum jemand verfügt über eine vergleichbare Fülle an grossartigen Fotografien, von denen in diesem Prachtsband die eindrücklichsten und besten präsentiert werden – Natur in urtümlicher Schönheit zeigend, wie sie die Schweiz längst vor der modischen «Grünen Welle» der Nachwelt gesichert hat.

Werd und Weber, Thun/Gwatt 2020, 316 S., reich ill., geb, Grossformat, (Richtpreis Fr. 49.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 46.55

HÖRBUCH

Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:

Eine irische Familiengeschichte

Graham Norton

Die Geschichte beginnt harmlos. Eine Frau sucht nach den Wurzeln ihrer Familie. Nach und nach entdeckt sie die Tragik, die ihre Familie heimgesucht hat, aus der sie schliesslich sogar erkennen muss, dass sie eine Andere ist als sie seit ihrer Jugend geglaubt hat:

Eine Familie wird von einem allenfalls fahrlässig herbeigeführten, äusserst tragischen Unglück getroffen. Und dieses Unglück setzt sich fort, treibt gewissermassen Metastasen, lässt Nachkommen schuldig werden an neuen Auswüchsen des alten Unglücks. Eine Geschichte über eine Familie, die vom Schicksal getroffen wird und ihrem Schicksal nie wirklich entweichen kann. Fesselnd gestaltet in stetigem Gegenüber von früher Geschehenem und Erlebnissen der nach ihrer Vergangenheit suchenden Erzählerin. Meisterhaft vorgelesen von Charly Hübner.

Argon-Hörbuch, Berlin 2019, 7 CDs, Laufzeit 500 Min., (Richtpreis Fr. 29.90)

Ihr Preis bei der Schweizerzeit: Fr. 28.40

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN

Amélie

Dokuroman

Philippe Daniel Ledermann

Das Geschehen, das dieses Buch in Romanform, aber auf Dokumenten des «echten Geschehens» beruhend erzählt, hat seinerzeit die ganze Schweiz schockiert: Eine Sozialtherapeutin hat 2013 einen mehrfachen Sexualstraftäter zu einer Therapie begleitet, ist von ihm aber brutalst vergewaltigt und nachher regelrecht abgeschlachtet worden. Das Buch von P.D. Ledermann hält sich ganz an die aus Akten hervorgegangene Geschichte zu diesem brutalen Verbrechen und seiner nicht nachvollziehbaren Vorgeschichte.

Entstanden ist ein Werk, das sprachlich und inhaltlich dem grässlichen Geschehen gerecht wird, das den Leser aufwühlt, ihn aber auch zu Schlussfolgerungen führt, wonach ähnlich Schreckliches, im konkreten Fall leichtfertig Ermöglichtes verhindert werden kann und unbedingt verhindert werden muss.

us

Philipp Daniel Ledermann: «Amélie». Dokuroman, Werd und Weber, Thun/Gwatt 2020, 187 S., geb., (Richtpreis Fr. 29.–)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 27.55

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- ☐ Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.85**
- ☐ Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 32.70**

Aktuell

- ☐ Dänu Wisler – Gölä **à Fr. 37.05**
- ☐ Gabriele Kuby – Die verlassene Generation **à Fr. 24.15**
- ☐ Norbert Bolz – Die Avantgarde der Angst **à Fr. 19.50**

Schweiz

- ☐ Hans Lozza – Faszination Schweizerischer **à Fr. 46.55**

Hörbuch

- ☐ Graham Norton – Eine irische Familiengeschichte **à Fr. 28.40**

Buchzeichen

- ☐ Philippe Daniel Ledermann – Amélie **à Fr. 27.55**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(23/4.12.2020)

Name/Vorname _____

Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____ Tel-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 4. Dezember 2020

Landmann-Talk

Dr. med. Bernhard Sorg – Zukunftsmodell medizinischer Praxis oder Dinosaurier?
im Gespräch mit Valentin Landmann

Freitag, 11. Dezember 2020

Stammtisch

P-26: Behauptungen und Tatsachen

mit Jürg Stüssi-Lauterburg, Militärhistoriker, und Felix Nöthiger

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.

Die nächste «Schweizerzeit» erscheint am

18. Dezember 2020

Die Hüllen fallen

Der Schaden konnte am Schluss noch abgewendet werden – die linke Unternehmens-«Verklagungs»-Initiative (UVI) ist gescheitert. Die Knappheit des Resultats muss uns allerdings zu denken geben.

Die Kampagnen-Industrie aus NGOs, Kirchenvertretern und dem links-linken Dunstkreis hat die bürgerliche Schweiz regelrecht vorgeführt. Ihre früh angesetzte, äusserst professionell ausgeführte Abstimmungskampagne hat neue Massstäbe gesetzt, denen das nach wie vor ungeeinte bürgerliche Lager erst spät etwas entgegensetzen konnte.

Den Ausschlag für ein Nein gab schliesslich das Ständemehr, das von unseren Vorvätern weise installierte Korrektiv zugunsten der Kantone. In der Wut, um den sicher geglaubten Sieg gebracht worden zu sein, lassen die Linken denn auch umgehend sämtliche Hüllen fallen. «Das Ständemehr gehört auf den Müllhaufen der Geschichte», proletete die Juso-Präsidentin kurz nach Verkündung des Schlussresultats.

Im Abstimmungskampf gab sich die Linke moralinsauer und schein-moderat. Nun, in der Niederlage, zeigt sich der wahre Charakter so mancher Linker. Wer ungehemmt gegen die «Hinterwäldler» in den konservativen Kantonen giftelt, offenbart ein schräges Verständnis von Demokratie: Wenn ich verliere, ist das System schuld, weswegen es sofort geändert werden müsse. Keine Rede mehr vom so oft beschworenen «Respekt vor den Institutionen». Ob sich jene Linksausleger von BDP, CVP und FDP, die sich für die UVI-Kampagne haben einspannen lassen, noch wohl fühlen in ihrer Haut?

In besonderer Verantwortung stehen die Landeskirchen, deren Funktionäre sich in das Fahrwasser von politischem Aktivismus haben (hinunter)ziehen lassen. Dass selbst die Bundeskanzlei die Kirchen rügte («nicht transparent», «unverhältnismässig»), spricht Bände. Entgegen ihren Beteuerungen haben die Kirchen sehr wohl Steuergelder für den Abstimmungskampf verwendet, wie «geleakte» Dokumente beweisen.

Die Spitzen der Landeskirchen sind verantwortlich dafür, dass sich im Kreise der Gläubigen und der Gesamtgesellschaft gewaltige Gräben geöffnet haben. Folgen jetzt keine personellen Konsequenzen und offiziellen Entschuldigungen, wird die Welle der Kirchenaustritte nicht zu stoppen sein. Darunter leiden werden all die vielen gottesfürchtigen, ehrenhaften Seelsorger und Kirchenvertreter, die sich Jesus Christus und dem höchsten Gott verschrieben haben.

Anian Liebrand

Schluss Punkt

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–